

**Sperrfrist:  
Montag, 26. April 2004  
10.00 Uhr**



**economiesuisse**

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Jahresmedienkonferenz**

## **Wachstumsquellen nutzen**

Patrick Odier, Vizepräsident von economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ist die mangelnde Dynamik unserer Wirtschaft womöglich auf die fehlende Marktöffnung in bestimmten Segmenten des Binnenmarktes zurückzuführen? Das scheint zumindest nicht ausgeschlossen. Die Wachstumsraten in den OECD-Ländern waren in den letzten Jahrzehnten deutlich höher als jene der Schweiz. Gleichzeitig ist auch der Grad der Marktöffnung in diesen Ländern höher. Derweilen tritt unser Land an Ort. Politische Blockaden verzögern und erschweren dringend nötige wirtschaftliche Reformen.

Erstes Beispiel: der **Postmarkt**. In einer Zeit, in der sich Fax, E-Mail und SMS auf breiter Front durchsetzen, wird um die Erhaltung der Poststellen in jedem Dorf oder Quartier gekämpft. Doch der Briefträger auf seinem Mofa wird den Siegeszug der elektronischen Post nicht aufhalten! Man verwechselt hier unglücklicherweise den Service Public – das heisst das Ziel – mit der Infrastruktur – d.h. mit den Postämtern und dem Personal.

Die dieses Jahr in Kraft getretenen Gesetzesänderungen beim Postgesetz und bei der Postverordnung sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Doch das Tempo der Marktöffnung ist zaghaf. Die Gewichtslimite für Briefpostsendungen wird im Jahr 2006 auf 100 Gramm gesenkt, gegenüber 50 Gramm in der Europäischen Union zum gleichen Zeitpunkt. Und: Die EU wird den Postmarkt 2009 vollständig öffnen, und einige Länder haben diesen Schritt bereits vollzogen.

Wie zu erwarten war, wurde der Service Public in Europa deswegen in keiner Weise abgebaut. Warum sollte dies in der Schweiz anders sein? Die grösste Gefahr für diesen Sektor sind die Versuche, die Post für die Umsetzung regionalpolitischer Ziele zu missbrauchen – mit verheerenden Folgen für die Innovationskraft, den Wettbewerb und die Dynamik der Wirtschaft. Man muss sich diesbezüglich darüber im Klaren sein, dass die Initiative "Poststellen für alle", wenn sie denn eines Tages zur Abstimmung gelangt, das Paradebeispiel eines Gesetzestextes darstellt, welcher überholte Strukturen zementiert und die Kosten in die Höhe treibt.

Im **Energiesektor** hat das Scheitern des Strommarktgesetzes (EMG) zur Folge, dass unsere KMU weiterhin höhere Preise bezahlen als viele ihrer europäischen Konkurrenten. In einzelnen Fällen hat die Ablehnung der Gesetzesvorlage sogar zu Preiserhöhungen geführt.

Unterdessen treiben die europäischen Länder ihre Liberalisierungsprojekte zügig voran, und dies ohne nachteilige Auswirkungen für die Konsumenten, die Unternehmen oder gar die Versorgungssicherheit. Bezeichnenderweise spricht heute niemand mehr von drohenden Versorgungskrisen nach "kalifornischem Muster" – Szenarien, mit denen die Gegner erfolgreich Stimmung gegen die Gesetzesvorlage gemacht hatten. Die europäischen Unternehmen profitieren im Gegenteil von besseren Rahmenbedingungen. So wird der europäische Strommarkt für Firmenkunden bereits im Juli dieses Jahres vollständig liberalisiert. Zwar wurde die Diskussion auch in unserem Land wieder aufgenommen, doch sie wird noch viel Zeit benötigen. So soll die Öffnung des Marktes für Grossverbraucher nun im Jahr 2007 erfolgen. Die KMU müssen jedoch noch bis 2012 auf die Marktöffnung warten! Unser Land braucht mehr Sinn für Dringlichkeit, insbesondere wenn die KMU den Preis für die Blockierung der Liberalisierungsbestrebungen bezahlen müssen.

Das **Fernmeldegesetz** befindet sich derzeit in der Revision. Im Vordergrund steht dabei die Öffnung der letzten Meile – oder besser gesagt: der ersten Meile, wenn man sich die Mühe nimmt, das Problem aus der Sicht des Kunden zu betrachten. Diese Liberalisierung ist begrüssenswert, um den Wettbewerb zu fördern. Ziel dabei ist es, den Serviceanbietern den Zugang zu einem auf Kupferleitungen basierendem Telefonnetz zu ermöglichen, welches in den Zeiten des Monopols aufgebaut und von allen Konsumenten mitfinanziert wurde.

Eines gilt es dabei jedoch klarzustellen: Es ist keinesfalls sinnvoll, alle Unternehmen, die über eine marktbeherrschende Stellung verfügen, zur Öffnung ihrer Netze (z.B. Glasfasernetze, Mobilfunknetze) zu verpflichten. Denn schliesslich sind diese Netze das Ergebnis ihrer eigenen Investitionstätigkeit. Die Wirkung einer solchen Drohung wäre in hohem Masse kontraproduktiv. Die Netzbetreiber würden auf weitere Investitionen verzichten, wenn sie damit rechnen müssten, dass sie ihre Netze später ihren Mitbewerbern öffnen müssen, nachdem sie sämtliche Risiken allein tragen mussten.

Die Liberalisierung des **Mobilfunkmarktes** Ende der Neunzigerjahre hat sich auf allen Ebenen – Preise, Einführung neuer Dienstleistungen, Wettbewerb – positiv ausgewirkt. Man kann daher mit gutem Grund davon ausgehen, dass weitere Liberalisierungsschritte im Telekommunikationssektor ähnliche Erfolge zeitigen werden. So hat dieser Sektor in den Jahren 1996 bis 2000 rund 4 % zum Wachstum unserer Volkswirtschaft beigetragen. Ausserdem stellt er rund 2,5 % der Arbeitsplätze. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Steigerung der Produktivität und des Wachstums. Sie generiert erhebliche Investitionen, sowohl in der Branche selbst als auch in der übrigen Wirtschaft.

Rechtfertigen diese paar Punkte die Lancierung eines Programms zur «Belebung» unserer Wirtschaft? Ich denke nicht: Unsere Wirtschaft wird von selbst wieder in Fahrt kommen, wenn die Unternehmen in allen betroffenen Sektoren einen grösseren Handlungsspielraum erhalten. Denn es sind die Unternehmen, die diese Freiräume nutzen werden, um neue Produkte und Dienstleistungen anzubieten.

Wenn wir – durchaus zu Recht – die Öffnung der ausländischen Märkte fordern, beispielsweise im Rahmen der WTO, müssen wir auch bereit sein, unsere eigenen Märkte zu öffnen.

26. April 2004